



Prof. Dr. Alexander S. Kritikos,
Forschungsdirektor im Bereich Vorstand
des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors
wieder.

Trennende Positionen bei Zukunftsfragen

Große Koalitionen tun den beiden Volksparteien offenbar nicht gut. Nach 2009 kommen sie diesmal zusammen sogar nur noch auf wenig mehr als 50 Prozent. Gleichzeitig zieht mit der AfD nicht nur eine rechtspopulistische Partei ins Parlament ein, sie ist auch noch zweistellig geworden. Eine echte Hypothek für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Was für die ehemalige Arbeiterpartei SPD bitter sein dürfte: In absoluten Zahlen haben annähernd so viele Arbeiter AfD wie SPD gewählt. Zweifelsohne gibt es mehrere Gründe für die Wahl der AfD, auch ökonomische, was schon das hohe Ost-West-Gefälle deutlich macht. Die Zuwanderung nach Deutschland mag ein Grund sein. Ein zweiter ist die geringe Teilhabe am wachsenden Wohlstand. Denn die Wählerschaft der AfD fühlt sich laut Umfragen eher ungerecht behandelt als Wähler etablierter Parteien.

Auch wenn die Union absolut noch mehr verloren hat, ist das Wahlergebnis vor allem für die SPD ein Debakel. Sie hat ihre Zustimmungsraten in den vergangenen 20 Jahren halbiert. Aber die SPD hat sich das Ergebnis selbst zuzuschreiben. Es bleibt ein Rätsel, warum ihr Spitzenkandidat im Wahlkampf im Stil eines Oppositionsführers auf das Thema Gerechtigkeit gesetzt hat, obwohl die SPD in 15 der letzten 19 Jahre an der Regierung beteiligt war. Mit diesem Thema konnte die Partei ihre Wähler zu wenig mobilisieren. Dabei war es doch die SPD, die in der letzten Regierung mit Mindestlohn, Rente mit 63 und Mietpreisbremse versucht hat, wenn auch mit zweifelhaftem Erfolg mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erzeugen. Die Partei hätte sich also innerhalb der bestehenden Regierung als Garant für sozialen Ausgleich positionieren können. Wie nach der Agenda 2010 hat sich die SPD erneut ihrer eigenen Erfolge geschämt. Damit verlor sie auch die Gewinner ihrer Politik.

So wie es aussieht, soll es nun erstmals eine Dreier-Koalition aus Union, FDP und Grünen richten. Sie wird mit zahlreichen Zukunftsfragen konfrontiert sein, bei denen trennende Positionen überwiegen. Die ökonomischen Herausforderungen

reichen von Investitionen in das Bildungssystem über die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie und die weitere Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland bis hin zu erheblichen Investitionen in die Infrastruktur. Vor allem Letzteres hat die große Koalition entgegen vieler Ankündigungen viel zu wenig vorangetrieben. Gleichzeitig könnte der Umgang mit Klimafragen und mit dem Dieselskandal in der deutschen Automobilindustrie für die zukünftige Koalition ebenso zur Zerreißprobe werden wie Fragen nach der Vertiefung des Euroraums und der Europäischen Union. Will man Beitrittskandidaten für den Euro eine Entwicklungsperspektive geben? Kommt ein europäischer Finanzminister? Wird der Finanzspielraum der EU erweitert?

Das ist bei weitem nicht alles. Der Fachkräftemangel wird stärker spürbar. Insofern steht die zukünftige Regierung neben einer Bildungsoffensive vor der weiteren Herausforderung, endlich ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen. In unmittelbarer Verbindung damit stehen Fragen des demographischen Wandels und damit nach der Erhöhung des Renteneintrittsalters. Gleichzeitig wird man sich Gedanken machen müssen, wie zukünftig die Migration besser gesteuert werden kann. Und das alles bei lautstarkem Geschrei aus der rechten Ecke im Parlament.

Das führt zum schwierigsten Zukunftsthema. Wie umgehen mit denen, die in den letzten 20 Jahren kaum von der Wohlstandsentwicklung profitiert haben? Es steht zu befürchten, dass der wirtschaftliche Wandel – Stichwort Digitalisierung – sich weiter beschleunigen wird. Das wird die Zahl der Globalisierungsverlierer weiter erhöhen. Diese Menschen benötigen eine Perspektive, die ihnen die etablierten Parteien derzeit offenbar vorenthalten. Insofern wird eine echte Zukunftspolitik für Deutschland viel Mut und auch Opferbereitschaft erfordern. Man darf gespannt sein, ob sich die nächste Regierung trauen wird, auch solche Entscheidungen durchzusetzen, die den vom wirtschaftlichen Wandel Abhängigen eine neue Perspektive geben.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Daniel Kemptner
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

Satz-Rechen-Zentrum, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.